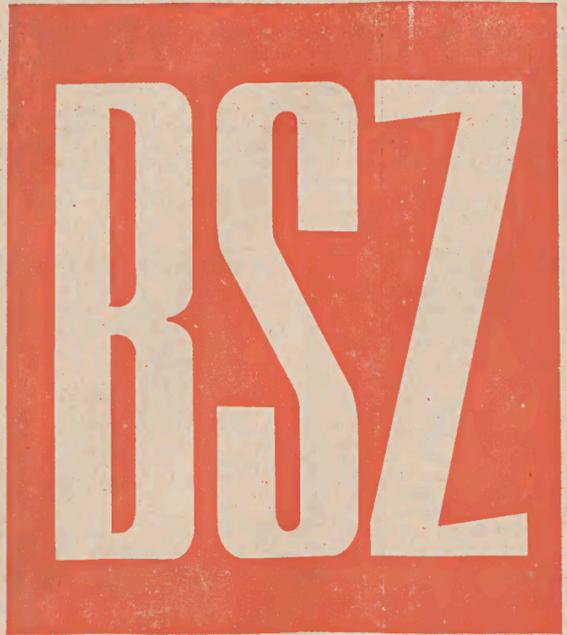


# LÜBKE WÜNSCHT RUHR-AKTION VOLLEN ERFOLG

BOCHUM. (BSZ) — Der Ruhraktion gegen die Notstandsgesetze ist es gelungen, die Unterstützung des Bundespräsidenten zu gewinnen. Die Abteilung Sauerland der Ruhraktion hatte sich als eine „Schar junger Menschen, die sich um das Grundgesetz scharen“ an Dr. Heinrich Lübke gewandt mit der Bitte, die Schirmherrschaft für ihre Aktivitäten zu übernehmen. Der Bundespräsident mußte wegen seiner Arbeitsüberlastung ablehnen, erklärte sich aber gleichzeitig mit den Notstandsgegnern solidarisch. Wir geben das Schreiben im Wortlaut wieder:

Bundespräsidialamt  
Az.: 3-2001-2695/68  
53 Bonn, den 29. Mai 1968  
Kaiser-Friedrich-Straße 16  
An die  
Ruhr-Aktion — Abt. Sauerland  
4630 Bochum  
Lennershofstr. 66  
Sehr geehrter Herr Wetzel!  
Im Auftrage des Herrn Bundespräsidenten möchte ich Ihnen für Ihren Brief danken, mit dem Sie um Übernahme der Schirmherrschaft für Ihre Aufklärungsaktion gebeten haben. Der Herr Bundespräsident begrüßt es sehr, wenn junge Menschen sich im Sinne unseres Grundgesetzes für die Festigung des demokratischen Staatsbewußtseins einsetzen.  
Bei der Fülle seiner Aufgaben kann er jedoch nur für herausragende, überregionale Veranstaltungen die Schirmherrschaft übernehmen oder ein Grußwort zu Verfügung stellen. Es darf daher um Verständnis gebeten werden, daß Ihrer Bitte nicht entsprochen werden kann.  
Der Herr Bundespräsident wünscht Ihren Bemühungen einen vollen Erfolg.  
Mit freundlichen Grüßen  
gez. Döring



## Bochumer Studenten Zeitung

Olympia  
Schreibmaschinen  
Sonderangebote - Miete - Mietkauf  
WYWIAS-Bochum - Südring 19

## Heute

Seite 2: Zum politischen Mandat

Seite 3: Assistentenschaft aktiv?

Seite 4: Offener Brief an  
Professor Biedenkopf

Seite 5: Bochumer Galerien

Seite 6: Husels Polit-Pop-Strip

## „Kriminelle“ ohne Honnef

BONN. (dpa) — Das Bundesinnenministerium stellte fest, daß straffällig gewordene Studenten keine Studienbeihilfe nach dem Honnefer Modell mehr erhalten. Die Richtlinien für die Vergabe verlangten neben fachlicher Eignung charakterliche Reife und Verständnis für die Umwelt. Diese beiden Forderungen würden von Straffälligen nicht erfüllt. Von der Honnef-Sperre sind auch verurteilte Teilnehmer an Demonstrationen betroffen.

## Schalla feuert Schauspielerin

Bochum (BSZ) — Zum Abschluß der Widerstandsbewegung Ruhr-Aktion gegen die Notstandsgesetzgebung rückte die Polizei zum Schutze von Bochums subventioniertem Kulturpalast aus. Während sich Generalintendant Schalla als autoritärer Herrscher entpuppte, solidarisierte sich die Mehrzahl der Schauspieler mit der Ruhr-Aktion.

Zum Go-in ins Theater kam es, weil Kulturamtsleiter Ronte das Begehren der Schauspieler abgelehnt hatte, im Großen Haus über die Notstandsgesetzgebung zu diskutieren. Einen Abend später hielten sich im Kleinen Haus zweihundert Zuschauer, die Arrabals „Assyrischen Kaiser“ sehen wollten, und zweihundert NS-Gegner die Waage.

Den Kompromißvorschlag, nach der Vorstellung zu diskutieren, lehnte der Generalintendant still für sich ab. Sein Auftritt vollzog sich auf der Bühne bei hochgehendem Vorhang und fünfzig Theaterangestellten als Kulisse.

Mit zornbebender Stimme rief Schalla, daß er der Hausherr sei. Als ihm bei seinem zweiten Auftritt vom Seiteneingang aus die Schauspielerin Lona Rothe („Das ist unser Haus“) widersprach, entließ er sie fristlos. Schalla begründete schriftlich: „Sie haben gestern, ohne im Besitz einer Eintrittskarte zu sein, den Zuschauerraum der Kammerspiele betreten. Durch Ihr Benehmen haben Sie Mitglieder des Ensembles, dem Sie bisher selbst angehört haben, am Auftreten gehindert...“

Die Ruhr-Aktion hat sich mit Lona Rothe solidarisch erklärt.

Als der Generalintendant die Polizei zu Hilfe gerufen hatte, grapschte der Polizeipräsident, Graf von Hardenberg, vergeblich nach dem Megaphon eines Studenten. Die Beamten, das Selektionsprinzip anwendend, stellten die Personalien einzelner Demonstranten fest. Sobald Anklagen erhoben werden, wollen die Demonstranten Selbstanzeige erstatten, um den Apparat der Justiz lahmzulegen.

## Paris

stand in den letzten Wochen im Zentrum des Interesses auch der deutschen außerparlamentarischen Opposition. Drei BSZ-Mitarbeiter waren in der letzten Woche an der Sorbonne (siehe Bild). Ihre Analyse des französischen Aufstandes lesen Sie auf Seite 4.

BSZ-Foto: Kleifigen



## DGB-Kreisvorstand schießt scharf

### „Keine Zusammenarbeit mit außergewerkschaftlichen Gruppen“

BOCHUM. — Der DGB-Kreisvorstand, oder besser: sein Vorsitzender Janzen, hat auf die gegen ihn erhobenen Vorwürfe von Arbeitern, Schülern und Studenten in der erwarteten Weise reagiert.

Am 30. Mai gab der Vorstand des DGB-Kreises Bochum eine Erklärung heraus, nach der er „künftig Anträge örtlicher Minderheitsgruppen der Studenten oder sonstiger außergewerkschaftlicher Kreise auf gemeinsame Aktionen irgendwelcher Art entschieden ablehnen wird, es sei denn, die Antragsteller können demokratisches und verantwortungsbewußtes Verhalten garantieren“.

Der DGB-Kreisvorstand, der versagte, als es in der Notstandsfrage darum ging, demokratische Haltung zu beweisen, will sich jetzt zum Richter über das demokratische Bewußtsein anderer aufschwingen. Wie zwiespältig die Haltung des DGB-Kreisvorstandes gegenüber der Demokratie ist, geht aus einem weiteren Satz seiner Erklärung hervor:

„Der Vorstand des DGB-Kreises Bochum billigt den letzten Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, keine Kampfmaßnahmen zur Verhinderung der Notstandsgesetzgebung einzuleiten, zumal der jetzt geforderte Generalstreik Gefahren für die Demokratie in der Bundesrepublik in sich birgt.“ Diese Logik verstehe, wer will! Es ist schizophoren, wenn man behauptet, „ein klares ‚Nein‘ zu jeder Notstandsgesetzgebung“.

Fortsetzung auf Seite 3

## Konvent verlassen?

Die Zusammensetzung des Konvents soll vor der nächsten Rektorenwahl leicht geändert werden. Vertreter der Studenten und der Assistenten in den Fakultäten und der Vorstand von Studentenschaft und Assistentenschaft sollen im Konvent jeweils zwei Stimmen bekommen. Da bisher nur je fünf Studenten und Assistenten im Konvent saßen, die Entscheidungen über die Wahl des Rektors und über Änderungen der Verfassung damit praktisch allein von Professoren getroffen wurden, war man allgemein an einer „Verbreiterung der Vertrauensbasis“ interessiert.

Der Vorstand der Studentenschaft schlug daher eine gleichmäßige Besetzung des Konvents mit Professoren, der Assistenten und der Studenten vor, da der Rektor Repräsentant der ganzen Universität sein sollte, und kein Grund vorliege, einer Gruppe bei der Rektorenwahl eine Vormachtstellung zu geben. Die Senatskommission für Verfassungstragen empfahl dennoch, ge-

gen die Stimme des Studentenvertreters eine Besetzung im Verhältnis 60:20:20. Eine Begründung für diese Wahl konnte nicht gegeben werden.

Im Senat fand dann dieser Vorschlag nicht einmal die einfache Mehrheit. Dagegen wurde der Vorschlag der Juristischen Abteilung, je zwei Vertreter pro Abteilung in den Konvent zu entsenden, fast einstimmig beschlossen und damit an den Konvent, der über seine eigene Zusammensetzung am 26. Juni entscheiden soll, weitergeleitet.

Die Vertreter der Studentenschaft im Senat haben gegen beide Vorschläge gestimmt. Es erscheint ihnen sinnlos, sich auf kleine Kompromisse einzulassen, die nur eine Anpassung an bestehende Mißverhältnisse und Verschleierung des Herrschaftsanspruchs der Professorenschaft bedeuten.

Man sollte sich überlegen, ob man eine Teilnahme an der nächsten Rektorenwahl verantworten kann.

## Durch Uni-Brand 4 Wochen verloren

BOCHUM. (BSZ) — Der Großbrand auf dem Uni-Gelände in der Nacht zum 1. Juni ist vorsätzlich gelegt worden. Der Polizei liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, daß die Brandstifter aus politischen Gründen Feuer legten. Die Schätzungen der Schadenshöhe schwanken zwischen 50 000 und 300 000 DM.

Gegen Mitternacht brach im projektierten Hörsaal Nummer 39 zwischen den Hochhäusern NC und ND das Feuer gleichzeitig an mehreren Stellen aus. Nach kurzer Zeit schlugen die Flammen an die 30 Meter hoch. Die Feuerwehr, bestehend aus zwei Einsatzzügen und der Freiwilligen Feuerwehr Querenburg, löschte sieben Stunden lang. Ein Übergreifen der Flammen auf die nahegelegenen Arbeiterbaracken konnte verhindert werden.

Pannen verhinderten, daß der Schaden in Grenzen gehalten wurde. Die Wachleute, die für das Brandgebiet zuständig waren, sahen nichts. Erst ein Doktorand, der zufällig aus dem Fenster eines Insitutsgebäudes sah, alarmierte die Wehr. Der dem Brand am nächsten gelegene Hydrant war nicht betriebsfertig.

Der Hörsaal wird voraussichtlich vier Wochen später als geplant fertiggestellt sein. Der Gesamtplan soll weiter einzuhalten sein.

Das Baugelände wird seit Jahren regelmäßig von Diebesbanden heimgesucht. In den letzten Tagen verhaftete die Polizei in Hattungen mehrere Personen, die aus Querenburg Kabel gestohlen hatten.

## Biedenkopf verzichtet auf Wiederwahl

BOCHUM (BSZ) — Auf Anfrage erklärte Rektor Biedenkopf in der Senatssitzung vom 10. Juni 1968, er werde bei der nächsten Rektorenwahl im Juli dieses Jahres nicht wieder für das Amt des Rektors kandidieren.

Im Juli wird der Rektor designatus bestimmt, der am Ende von Biedenkopfs Amtszeit, die bis zum Sommer 1969 läuft, an die Stelle des jetzigen Rektors treten wird.

## Kühn für Bundeskompetenz

DUSSELDORF. (dpa) — Für eine Hochschulrahmenkompetenz des Bundes hat sich der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn auf der 18. Jahresfeier der Arbeitsgemeinschaft für Forschung des Landes ausgesprochen. Er kündigte an, er werde im Bundesrat die Initiative dazu ergreifen. Nur bei einer Rahmenkompetenz des Bundes könnten brauchbare Lösungen entstehen. Bei gleicher Gelegenheit äußerte Kühn die Hoffnung, daß der Bund die Großforschung ganz übernehmen werde.

# DR. HAMMER Mayonnaise

je öfter — je lieber  
preiswert und gut

Durst  
löscht  
man  
mit  
Schlegel



# Beruhigung rebellischer Studenten?

Der Rektor der Ruhr-Universität, Biedenkopf, entwickelte auf dem Vertrauenslehreritag des Landesphilologen-Verbandes erneut Vorstellungen zur Hochschulreform. Nach der Unterprima sollen zukünftig die mehr praktisch veranlagten Studenten nach einer nicht zwingenden Vorentscheidung der Studienräte die Fachhochschulreife erlangen, während den anderen Schülern in der Oberprima in Vorbereitung auf die Universität wissenschaftliches Arbeiten beigebracht wird.

Die Fachhochschulbesucher sind, wenn über ihre mehr praktischen Fähigkeiten entschieden wird, noch nicht einmal mit wissenschaftlicher Arbeit in Berührung gekommen, haben sich aber für diese schon als ungeeignet erwiesen. Die Kriterien für die Auswahl müssen irrationalen Momenten unterworfen bleiben, da sie auf der subjektiven Meinung des Lehrers gründen. Nach den Vorstellungen Biedenkopfs bie-

ten die Fachhochschulen ihren Schülern eine gründliche Berufsvorbereitung, während Wirtschaft und öffentliche Hand sofort attraktive Berufsbilder für die Absolventen der Fachhochschule entwickeln. Die geforderte wissenschaftliche Ausbildung für möglichst viele Bundesbürger wird endgültig unmöglich gemacht. Obwohl im modernen Beruf wissenschaftliche Qualifikation immer dringlicher wird, bildet man eine neue Gruppe von „Hilfsarbeitern“ heran.

Diesem geistigen Verdummungsprozeß mit seinen Konsequenzen für das spätere Berufsleben sind in erster Linie Kinder sozial minderbemittelter Familien unterworfen, die zwar zahlreicher als früher höhere Schulen besuchen, in der Regel aber nicht das Risiko einer beruflich unsicheren wissenschaftlichen Ausbildung eingehen. Ein zeitlich begrenztes Studium mit gesicherten Berufsaussichten kommt den sozialen und finanziellen Möglichkeiten dieser Gruppe entgegen.

Diese schwerwiegenden Entscheidungen sollten, so Biedenkopf, innerhalb der nächsten Monate fallen, um einen Aufstand der Studenten wie in Frankreich zu verhindern.

von Fachhochschulen und der daraus folgenden Entlastung der Universität zukünftige Proteste der Studenten vermeiden zu können.

Die Aufgabe der Studenten ist es, die Funktion der Fachhochschulen, ihre gesellschaftliche Implikation und soziale Folgen zu untersuchen und auch durch erzwungene Diskussion eine vorschnelle Entscheidung, wie Biedenkopf sie wünscht, zu verhindern.

Carla Boulboullé

IMMER wenn's um Geld geht...

## SPARKASSE

In Querenburg direkt in der Nähe der Uni  
Im Westenfeld 22 Tel.: 511015

# Zum politischen Mandat

Seit der 20. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften im Februar dieses Jahres gibt es an vielen Hochschulen. Der Grund: Die Kontroverse um das politische Mandat der Studentenschaft.

Der Streit war natürlich schon älter, das Sigmaringer Urteil, das dem ASTA Tübingen allgemeinpolitische Stellungnahmen verbot, lag bereits einige Zeit zurück, aber die dezidierte Absage der VDS-MV zum politischen Mandat hatte zusätzliche Fronten geschaffen, hatte die bislang verborgene Unzufriedenheit mit der Verbandspolitik ans Licht gelockt.

Im Vietnam-Antrag, der mit großer Mehrheit angenommen wurde, kam das Selbstverständnis des VDS als eines politischen Verbandes beispielhaft zum Ausdruck (die BSZ berichtete ausführlich darüber).

Darin heißt es: „Der VDS... begreift sein politisches Mandat als eine Aufgabe, die nur im Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Funktion der Hochschule als Hochschule erfüllt werden kann... Die Aufgabe der Wissenschaft kann sich in einer Gesellschaft, die Freiheit des einzelnen Menschen als ihr Ziel deklariert, nicht darauf beschränken, Wissen bereitzustellen, das die ständige Verbesserung der Produktion gewährleistet soll. Wenn Wissenschaft verstanden wird als Mittel zur Selbstbefreiung des Menschen von unbegriffenen Mächten, so hat sie vor allem emanzipatorische Funktion.“

Die Verfechter des politischen Mandats der Studentenschaft gehen davon aus, daß die Studenten als Teilhaber am wissenschaftlichen Prozeß die emanzipatorische Funktion der Wissenschaft auch in ihren Interessenverbänden, die schließlich demokratisch gewählt sind, zu vertreten haben.

Der allgemeinen hochschulpolitischen Situation ist es zuzuschreiben, daß das politische Mandat an sehr vielen Hochschulen heute ein politisches Mandat „linksgerichteter“ Studentenschaften ist. Niemand stieß sich daran, als sich vor Jahren einzelne ASTA im Sinne der herrschenden Politik zu politischen Tagesfragen äußerten (Mauerbau, Verhältnisse in der damals sogenannten SBZ).

Heute aber sehen sich die Vertreter bestimmter politischer Richtungen innerhalb der Studentenschaften oder innerhalb des VDS von der Entwicklung überrollt:

Sie ziehen die Notbremse, postulieren ein vom allgemeinpolitischen Mandat gelöstes Recht der Studentenvertretung, in der Hochschulpolitik aktiv zu werden, und blockieren durch Gerichtsentscheidungen, Ausritte, Verweigerung von Gebührenzahlungen allgemeinpolitische Äußerungen des ASTA.

Die Versuche, politisches Handeln der ASTA zu verhindern, häufen sich in dem

Maße, wie deren Politik radikaler geworden ist. Das Sigmaringer Urteil gab den Präzedenzfall ab.

In jüngster Zeit wurden in Münster und Köln einstweilige Verfügungen erwirkt, die es dem ASTA untersagten, politisch Stellung zu nehmen.

In Heidelberg wurde der ASTA von der Rektorin kurzerhand suspendiert (unter Berufung auf das angeblich so fortschrittliche baden-württembergische Hochschulgesetz). In Saarbrücken und Mainz veranstalteten die ASTA, die selbst das politische Mandat ablehnen, Urabstimmungen, die erwartungsgemäß gegen das politische Mandat ausfielen (in Mainz hatte der ASTA beinahe negativer Entscheidung mit Rücktritt gedroht).

Inzwischen haben auch mehrere Studentenschaften den VDS verlassen (zuletzt PH Ruhr und PH Münster), andere haben vor-

sorglich ihre Mitgliedschaft zum nächsten Jahr gekündigt oder mit dem Austritt gedroht.

Faktisch kommt das einer Schwächung des studentischen Dachverbandes gleich, die sich gerade im hochschulpolitischen Bereich, den jene angeblich vorrangig vertreten wollen, entscheidend auswirken kann.

Würzburg und Karlsruhe, so liest man heute, haben inzwischen einen „Arbeitskreis Deutscher Studentenschaften“ gegründet, der, wenn man es auch bestreitet, ein Gegenverband werden soll, freilich diesmal nach eigener Couleur, nachdem im VDS die Mehrheit verlorengegangen ist.

### Ältestenrat entscheidet

BOCHUM. (BSZ) — Am 6. Juni trat der Ältestenrat der Studentenschaft unter seinem Vorsitzenden Klüge zu einer Sitzung zusammen, auf der entschieden werden sollte, welche neuen Abteilungen zur Aufstellung und Wahl von Direktkandidaten berechtigt sein werden.

Der Antrag des Ostasien-Instituts, Direktkandidaten benennen zu dürfen, wurde vom Ältestenrat mit der Begründung abgelehnt, das Institut habe nicht den Status einer Abteilung.

Die Abteilung Physik wurde erstmals zur Wahl zugelassen, während der Abteilung Chemie das gleiche Recht nicht zugebilligt wurde, da sie in Bochum noch keinen geordneten Lehrbetrieb aufgenommen habe.

### Ruhr-Aktion: Finanzen

BOCHUM. (BSZ) — Wie es augenblicklich scheint, ist die Ruhr-Aktion genauso schnell wieder vom Erdboden verschwunden wie sie auch aufgetaucht war. Lediglich eins ist geblieben — die Sorge um die Finanzen! Im Rahmen der Aktion konnten etwa 4000 DM an Einnahmen verbucht werden.

Diese (doch erstaunlich hohe) Summe setzte sich zusammen aus Sammlungen während der Teach-ins und der Vollversammlungen, aus dem Verkauf von Notstandstexten und Spenden in der Stadt Bochum und vielen anderen Orten des Ruhrgebietes sowie aus Spenden, die auf das Sonderkonto eingingen.

Diese 4000 DM sind allerdings bis auf etwa 300 DM aufgezehrt, wobei noch Rechnungen offen sind, deren Gesamtbetrag sich nach sehr vorsichtigen Schätzungen auf etwa 5000 DM beläuft. Der Vorstand der Studentenschaft bemüht sich, weitere Spenden zur Deckung dieser Kosten zu erhalten.

### Sorgfaltspflicht

An dieser Stelle veröffentlichten wir in der letzten Ausgabe der BSZ einen Artikel: „Statt Reform: Machtkampf“ von A. W. Michael. Grundlage des Kommentars war eine Pressemitteilung des Rektors, in der er zu der Aufforderung Stellung nahm, sich einem öffentlichen Hearing über den Reformentwurf der Landesrektorenkonferenz zu stellen.

Michaels Bericht enthielt die unrichtige Feststellung, der Rektor lehne es ab, vor dem Parlament zu sprechen. Dafür muß sich die Redaktion entschuldigen.

An dem Malheur ist aber, anders als es ein Flugblatt des Rektorats behauptete, der Rektor bzw. sein persönlicher Referent Kübler nicht ganz unschuldig. Herr Kübler hatte sich 10 (!) Minuten vor Beginn des Umbruchs an die BSZ-Redaktion gewandt und gebeten, die Erklärung des Rektors noch vollständig abzudrucken. Das war unter anderem auch technisch nicht mehr möglich.

Herr Michael versuchte während des Umbruchs, die wesentlichen Passagen des Biedenkopf-Papiers zusammenzufassen und zu kritisieren. Dabei ist ihm das Versehen unterlaufen. Wir finden es jedoch sehr merkwürdig, wenn der Rektor den Herausgebern (die in diesem fortgeschrittenen technischen Stadium ohnehin keinen Einfluß mehr auf die Detailgestaltung der BSZ haben) und dem Chefredakteur „Verletzung der Sorgfaltspflicht“ vorwirft.

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe auf Seite 4 einen „Offenen Brief an den Rektor“, in dem der Vorstand der Studentenschaft zum Inhalt der Biedenkopf-Pressemitteilung ausführlich Stellung nimmt.

ungewöhnlicher Preis!

# WEIZEN MEHL Type 405

„Feldkrone“

# 3,67

1000-g-Btl.

* RINDERBRUST u. FLACHE RIPPE 250g	-94	* RINDER-SCHMORBRATEN o. B. zart u. mager 500g	3,78
* RINDERGULASCH ohne Beilage 500g	2,88	* PUTENKEULEN gefroren HKL. A 500g	2,28

\* In Läden mit Frischfleisch-Abt.

... auf alle Angebote erhalten Mitglieder Rückvergütung!

Bananen gold-gelbe Qualität 500g	-49	Ital. neue Kartoffeln 2,5-kg-Beutel	1,19
Jagdwurst am Stück	1,08	Trumpf-Pralinen „Hawaii-Cocktail“ 24-Stück-Packung	3,95
Bierwurst in Kugeln je 200g	1,08	Krafts-Scheibletten Schweizer, Holländer, Chester, Tilsiter 250-g-Packung	1,88
Fetter Rückenspeck geräuchert 500g	1,28	TIKO-Rotbarschfilet grätenfrei 400-g-Folienpackung	1,48
Champignons geschnitten 1/2 Dose	2,98	Hochwald-Kondensmilch 7,5% Fett 3 Dosen à 170g	-72
Wachsbrechbohnen I fadenfrei 1/2 Dose	1,28	Hackbraten in herzhafter Tunke 600/300-g-Dose	1,68
GEG-Apfelmos Spitzenqualität 1/2 Dose	-65	Königsberger Klopse sehr schmackhaft 600/300-g-Dose	1,68
Puten-Hinterviertel gefroren 500g	2,28	Livio-Öl Delikateß-Speiseöl 2,5-l-Dose	6,95
Nitteler Kleinberger 1967er 1/2 Flasche	1,78		

# KONSUM

KONSUMGENOSSENSCHAFT DORTMUND-HAMM-BOCHUM

# Wird Assistentenschaft aktiv?

BOCHUM. (BSZ) — Am 29. März wurde in Marburg die Bundesassistentenkonferenz (BAK) gegründet. Vertreter der Assistentenschaften von 42 wissenschaftlichen Hochschulen nahmen daran teil. Die BAK will auf Bundesebene die Interessen der mehr als 20 000 nichthabilitierten wissenschaftlichen Beamten und Angestellten, den „Mittelbau“, vertreten.

Als wichtigste Aufgabe stellt sich die BAK die Mitarbeit bei der Hochschulreform. Betont wird das Recht auf volles Stimmrecht in den Beratungs- und Entscheidungsgremien der Hochschulen. Die Stellung der Assistenten in der Universität soll sich an ihrer tatsächlichen Funktion orientieren. Vorsitzender der Konferenz wurde Dr. Fischer-Appelt (Bonn), der bereits eine beachtliche Presseresonanz erzielte.

Zu den WRK-„Kriterien der qualitativen Repräsentanz“ erklärte Fischer-Appelt, vor Änderungen in Personalfragen müßten Entscheidungen über einen Strukturwandel der Universität fallen. Als Mittler zwischen Professoren- und Studentenschaft versteht die BAK ihre Rolle.

Zugleich wandte er sich gegen Zwangsmaßnahmen des Kultus zur Strukturveränderung der Hochschulen und damit einer Ausweitung der Zuständigkeiten des Staates.

Ein wichtiges Indiz für das gesteigerte Selbstbewußtsein der Assistenten ist ihr

Plan, die Bonner Zentrale über einen freiwilligen Monatsbeitrag von 1 DM pro Assistent zu finanzieren.

Auf Landesebene war das erste Objekt der Bewußtwerdung des Mittelbaus der LRK-(Biedenkopf)-Entwurf „Zur Organisation der Hochschulselbstverwaltung“. Die Landesassistentenkonferenz (LAK) arbeitet an einem Gegenentwurf. An der RUB wird ebenfalls an einem Modell für eine Rahmenhochschulgesetzgebung gebastelt.

Andere Aktivitäten der Assistenten an der RUB waren schon an der Vermehrung der Flugblätter in der Mensa abzulesen. Stellungnahmen der Assistentenschaft zur Notstandsgesetzgebung und zu Formen der politischen Auseinandersetzung an der Hochschule (wiewohl manchem nicht ganz nach dem Hut) sind nicht nur an dieser Uni neu. Neu sind auch die Vollversammlungen.

Zwei VV sind in der bisherigen Amtszeit des Bochumer Vorsitzenden Tilman Westphalen (Anglistik) einberufen worden. Thema Nr. 1: das politische Mandat der Assistentenschaft, ein Thema, das jedem altgedienten Studentenschaftsfunktionär zum Trauma geworden sein muß.

Assistenten wie Dr. Saß (Philosophie) und einige Soziologen wollten ihrem Vorstand das Recht geben, zu allgemein politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Die überwiegende Mehrheit möchte sich jedoch nur zu der konfliktträchtigen Formulierung eines „hochschulpolitischen Mandats“ durchringen. Kommentar des Vorsit-

zenden Westphalen: Hochschulpolitische Fragen sind alle Bereiche, wo Mitglieder der Hochschule tangiert oder involviert sind.

Auf der zweiten Vollversammlung vom 30. 5. ging es vor allem um den LRK-(Biedenkopf)-Entwurf. Der anwesende Rektor wurde in netter Form in die Defensive gedrängt.

Positiv wurde von Assistentenseite außer der Entautonomisierung der Lehrstühle kaum etwas gewertet. Kritikpunkte waren vor allem

- die Unklarheit über die Einbeziehung des Mittelbaus,
- daß die Qualifikation zur Wissenschaftsverwaltung nur habilitierten Beamten zugesprochen wurde,
- die studentische und assistentische Unterrepräsentation in den Fachbereichen und
- die mangelnde Kontrolle durch alle beteiligten Gruppen in den Fachbereichen.

Die allgemeine Einordnung vollzog Dr. Frese (Philosophie), als er den LRK-Entwurf abschließend ein „Modell des aufgeklärten Absolutismus“ nannte.

Es scheint, als könne die Assistentenschaft endlich als Faktor mit Stimme in die Rechnung einbezogen werden.

Der Sprung zum Establishment jedenfalls ist geschafft: Der Vorstand hat in Büro (IC 4/149), ein Telefon (3018) und Bürostunden für Publikumsverkehr Montag, Dienstag und Donnerstag, jeweils von 10 bis 12 Uhr. (gh)



Der Vorsitzende der Bochumer Assistentenschaft, Dr. Tilman Westphalen.

## An die Arbeiter

Vor 14 Tagen gingen im gesamten Ruhrgebiet viele Tausende von Arbeitern, Schülern und Studenten auf die Straße, um gegen die drohende Verabschiedung der Notstandsgesetze zu protestieren.

In Bochum und anderswo verhinderten die Arbeitgeber mit harten Drohungen Fortsetzungen der Demonstrationen oder Demonstrationen überhaupt.

Die verabschiedete Notstandsgesetzgebung hat inzwischen Teile des alten Grundgesetzes außer Kraft gesetzt.

Der wesentlichste Erfolg der Widerstandsbewegung ist die Tatsache, daß das Gespräch zwischen Arbeitern und Studenten begann. Das Gespräch muß fortgesetzt werden. Die Bochumer Studentenzeitung wendet sich von dieser Ausgabe an auch an die Arbeiter.

Die BSZ will ein Forum sein, in dem einmal nicht die Herrschaftsverhältnisse, sondern die Kraft der Argumente entscheidend ist. Sie ist auf Ihre Hilfe angewiesen. Helfen Sie uns, eine bessere Zeitung zu machen.

Wir glauben, daß trotz aller Angebote an den Kiosken Informationslücken bestehen bleiben. Der Mensch im Betrieb ist ein Thema, das von den meisten Presseorganen ausgeklammert wird.

Wir werden fragen, ob die Demokratie vor den Werkstoren aufhören soll. Wir werden untersuchen, ob man unter Mitbestimmung mehr verstehen kann als die Beteiligung von Gewerkschaftsfunktionären an der Leitung von Großunternehmen.

Wir wollen sehen, wie es in einigen Betrieben Jugoslawiens und der CSSR aussieht. Auch diese Verhältnisse werden wir kritisch prüfen.

Im einzelnen fragen wir, was sich die herrschende Bürokratie herausnimmt, hier in Bochum und anderswo und nach den Schikanen in den Betrieben.

Zum Sonderpreis von DM 5,- in allen Buchhandlungen, an vielen Kiosken



Bahman Nirumand: Die Avantgarde der Studenten im internationalen Klassenkampf

Bernhard Schütze: Widerstand an Spaniens Universitäten

Carlo Donolo: Theorie und Praxis der Studentenbewegung in Italien

Dossier 1: Studenten in Prag

Dossier 2: Warschauer Bilanz

Heinz Rudolf Sonntag: Versuch über die latein-amerikanischen Universitäten

X.X.: Brief aus Brasilien

Dossier 3: Politische Kriegsdienstverweigerung am Beispiel Norwegens und der USA. Zusammengestellt von Hans Magnus Enzensberger

Walter Kreipe: Studenten in Frankreich. Hintergrund und Potential einer politischen Bewegung

Oskar Negt: Studentischer Protest — Liberalismus — „Linksfaschismus“

Hans Magnus Enzensberger: Berliner Gemeinplätze (Supplement)

Adressen progressiver Studentenverbände

Suhrkamp



## Nachlese

zu den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze: Alte und junge Bürger der Stadt hatten sich an den Informationsständen im Stadtzentrum über die NS-Gesetze unterrichtet. BSZ-Foto: Busse



## Sozialbereich: Mauerblümchen der deutschen Studienreform

BOCHUM. (BSZ) — Über zwei Nachkriegsjahrzehnte bemüht sich VDS und politische Hochschulgruppen um die Verbesserung der sozialen Lage der Studenten: Seit sie zum Zeitpunkt der Flitterwochen der Großen Koalition vorläufig zum letzten Male z.B. in der Frage einer adäquaten Studienfinanzierung vorstießen, wurde es um diesen wichtigsten Teil des Sozialbereichs der akademischen Ausbildung still!

Zwar erklärten damals die Bonner Parteien eifrig und in seltener Einmütigkeit, sie seien grundsätzlich z. B. zur Anhebung der Bonner-Förderungsbeträge, zu Änderungen der Einkommensgrenzen und zur Überprüfung der Frage der Anrechnung des Elterneinkommens bei verheirateten Studierenden bereit, verwiesen aber die Entscheidung hierüber in die Zukunft des erwarteten Aufstiegs aus der wirtschaftlich-finanziellen Talsohle.

Es erscheint an der Zeit, VDS und politische Hochschulgruppen zur Einbeziehung unserer sozialen Forderungen in die Demonstrations- und Streikpraxis aufzufordern.

Regierungen und Parteien muß außerdem klargemacht werden, in welchem Maße die „solidarische Eigenbeteiligung“ der Studierenden und ihre elterlichen Familien an den Kosten einer Hochschulausbildung anwachsen wird, wenn im Zuge eines reformierten Studiums bisherige Ferien- und Semesterjobs unmöglich werden!

Der Beauftragte für Soziales, K.-H. Valdx (SBB), beabsichtigt eine BSZ-Artikelreihe, um die wesentlichen Aspekte der sozialen Lage der Studierenden — insbesondere an der RUB — und die vordringlichsten diesbezüglichen Forderungen zur Diskussion zu stellen.

Der Sozialbeauftragte berät in Fragen der

- Studienfinanzierung und sonstigen För-

derung (auch für Ausländer!); Stipendien, Darlehen, einmalige Beihilfen, Gebührenerlaß, Freitische u. a. m.

- Vermittlung ärztlicher Untersuchung und Bereitstellung antikonzeptioneller Mittel (auch für die Oberstufen höherer Schulen!). Für das Wintersemester bereitet der Sozialbeauftragte eine Veranstaltungsreihe vor, zu der Politiker der Parteien (Ausbildungsförderung, Wohnheimbau für verheiratete Studierende), Wissenschaftler (Soziologen, Psychologen, Mediziner zu: „Arbeit und Angst im Leistungsbetrieb der (reformierten Hochschule“) und Vertreter des VDS und der politischen und konfessionellen Hochschulvereinigungen (Studentischer Sozialbereich und Bildungsprivileg-Ansprüche und Leistungen der Industriegesellschaft an die Hochschulen) eingeladen werden: In öffentlichen Hearings soll jeder Studierende Fragen zu den jeweiligen Sachreferaten stellen können.

## Kontroverse mit Hardenberg

BOCHUM. (BSZ) — Mit dem Bochumer Polizeipräsidenten Graf von Hardenberg hatte Öffentlichkeitsreferent Huck wegen einer BSZ-Veröffentlichung einen kleinen Strauß auszufechten. Unter der Unterschrift „Schaut euch diese Typen an“ hatte die BSZ montiert, daß Polizisten in Uniform und Zivil auf Demonstranten eingeschlagen hatten.

Hardenberg dazu in einem Schreiben, das auch der Presse übergeben wurde: „Ich muß ... davon ausgehen, daß Sie Ihre ... Behauptungen nicht belegen können. Es ist natürlich leicht, eine Behauptung, die mit schwerwiegenden Vorwürfen verbunden ist, aufzustellen... Allerdings sollte man, wenn man ernst genommen werden möchte — und das wollen Sie doch? —, zu seinem Wort stehen. Andernfalls blamiert man sich bis auf die Knochen. Genau das ist nun Ihnen passiert!“

Huck schrieb zurück: „Lieber Genosse von

Hardenberg! ... Sie behaupten, ich hätte mich bis auf die Knochen blamiert, als ich — ohne den Beweis beibringen zu können — schrieb, die Polizei hätte munter geboxt und getreten bei der letzten BOGESTRA-Demonstration.

So geht es denen, die keine Macht besitzen: Erst haben sie blaue Flecken (die sind jetzt auch weg und als Beweismittel nicht mehr zu gebrauchen) und dann noch die Blamage.

Erst bekommen sie Polizistenellenbogen in die Rippen und dann noch eine väterliche Rüge vom Polizeipräsidenten.

Erst bitten sie schlagende Polizisten erfolglos um ihren Dienstausweis, und dann blamieren sie sich auch noch bis auf die Knochen, wenn sie nicht sagen können, wenn sie die geballten Liebenswürdigkeiten zu verdanken haben. ...

Gegen wen, lieber Genosse Polizeipräsident, soll ich denn Anzeige erstatten? Wem soll ich denn etwas beweisen können? Wo nehme ich im Demonstrationstrubel so viele Zeugen her? ...“

## DGB-Kreisvorstand schießt scharf

Fortsetzung von Seite 1

„bung“ gesprochen zu haben, und wenn man gleichzeitig keine Anstalten macht, dieses „Nein“ auch durchzusetzen.

Der Generalstreik ist ein legitimes Kampfmittel der Arbeiter. Auch und gerade in politischen Auseinandersetzungen.

Welches Mißtrauen müssen aber die Gewerkschaftsfunktionäre den Arbeitern gegenüber haben, von denen sie gewährt worden sind, wenn sie behaupten, ein Generalstreik berge Gefahren für die Demokratie in sich! Ein Generalstreik, der gerade dann eingesetzt werden müßte, wenn die Demokratie wie jetzt in höchster Gefahr ist!!!

Aber Herr Janzen redet nur von demokratischem Verhalten. Er ist, das haben wir in den letzten Wochen gesehen, nicht bereit, für die Demokratie zu kämpfen.

Statt dessen versucht er jetzt, die Studenten zum Buhmann zu machen und die alten Vorurteile gegen sie wieder wachzukitzeln.

Er muß verschleiern, daß er von unzufriedenen Arbeitern am 27. Mai hinter seinem Schreibtisch hervorgeholt werden mußte, ehe er öffentlich zu den Notstandsgesetzen Stellung nahm.

Er muß verschleiern, daß den Studenten innerhalb von zwei Wochen gelungen ist, was der Gewerkschaftsapparat mit seinen technischen und finanziellen Mitteln in langen Jahren kaum geschafft hat: die Arbeiter aufzuklären, mit ihnen in politische Diskussionen zu kommen.

Man kann verstehen, daß der DGB-Kreisvorstand darüber nicht froh ist: Der Zug war ohne ihn abgefahren. Jetzt müssen die Funktionäre zu verzweifelten Mitteln greifen, um ihn wieder zum Halten zu bringen.

Die Arbeiter, die mit den Studenten auf die Straße gingen, um für die Erhaltung der Demokratie zu streiken, die mit den Studenten diskutierten, die ihre Informationen verfolgten, fühlen sich nicht manipuliert.

Sie brauchen niemanden, der ihnen vorsagt, was richtig und falsch ist. Sie können selbst entscheiden und sie haben es getan. Sie werden es auch weiterhin tun, ungeachtet der Versuche des DGB-Kreisvorstandes, die endlich in Gang gekommene Diskussion zwischen den Studenten und den Arbeitern abzuwürgen.



Laupenmühlen & Dierichs  
4630 Bochum Telefon 33043

## Ruhr-Forschung

BOCHUM. (pi) — Der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk hat dem interdisziplinären Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik der Ruhr-Universität einen Forschungsauftrag erteilt, der die Wandlungsbereitschaft und Wanderungsbewegung der Bevölkerung des Ruhrgebietes zum Gegenstand hat.

Von der Untersuchung, die im Zeitraum von etwa einem Jahr durchgeführt und abgeschlossen werden soll, wird erwartet, daß sie Aufschlüsse über die Problematik der sozialen Mobilität und Selbsthaftigkeit im Revier erbringt und damit Unterlagen für die sachgerechte Beurteilung der Strukturprobleme des Ruhrgebietes liefert.

An dem Forschungsvorhaben, das unter der Leitung des Direktoriumsmitgliedes des Instituts, Privatdozent Dr. Landwehrmann, steht, werden sich Vertreter mehrerer Disziplinen beteiligen.

**wywiad**  
Schreibmaschinen  
Billige Sonderangebote • Miete-Mietkauf  
Bochum Südring 19 • Ruf 61423

# WESTFALENBANK IHRE BANK IN QUERENBURG

Zweigstelle  
Ruhr-Universität  
Lennerhofstr. 70  
Tel.: 511315



Zweigstelle  
Bochum-Querenburg  
Overbergstr. 7  
Tel.: 511012

Sie können Bankgeschäfte jeder Art in beiden Zweigstellen abwickeln. Ihre Studien- und Sozialgebühren können Sie kostenlos bei uns einzahlen. WESTFALENBANK Aktiengesellschaft Bochum Huestraße 21-25

### Kosten für Uni Bremen geteilt

BOHN/HANNOVER. (dpa) — Ein wesentliches Hindernis für den Bau der Bremer Universität ist ausgeräumt. Die Ministerpräsidenten der Bundesländer haben sich bereit erklärt, die Unterhaltskosten der Universität mitzutragen. Durch einen Staatsvertrag soll festgelegt werden, daß Unterhaltskosten bis 30 Mill. DM jährlich von Bremen selbst und der Rest bis zu 60 Mill. DM von den übrigen Bundesländern aufgebracht werden sollen. Wenn die Kosten über 60 Mill. DM hinausgehen, sollen sich Bremen und die anderen Länder den zusätzlichen Betrag teilen.

### Höchstens 20 % für Studenten

FRANKFURT. (BSZ) — Einem Bericht des Berliner Extradienstes zufolge haben Frankfurter Studenten im Rektorat der Universität Akten aufgefunden, aus denen hervorgeht, daß die Universitätsverwaltung in ständigem Kontakt mit dem Landesamt für Verfassungsschutz stand. Außerdem entdeckten die streikenden Studenten Papiere, die klarlegen, daß es zwischen Rektorat und Kultusministerium bereits bindende Absprachen gibt wonach bei einer in Aussicht gestellten Hochschulreform die Hochschulgremien nicht nach den Prinzipien der Drittelparität von Professoren, Assistenten und Studenten besetzt werden sollen. Vielmehr sollen den Studenten „höchstens 20 Prozent“ eingeräumt werden.

# Revolution findet noch nicht statt Eine Analyse des Aufstandes in Paris

PARIS. (lhk) — In der Nacht noch, kaum in Paris, stehen wir vor den Toren stillgelegter Produktionsanlagen, unter roten Fahnen.

Wir haben unsere Emigration im eigenen Lande vergessen. Wir sind zu Hause, empfinden Solidarität.

„Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will.“ In den Fabriken ist Ruhe, auch am nächsten Morgen. Indessen: mit den Rädern stehen ihre neuen Bezwinger still. Unter den roten Fahnen, welche die Trikolore besiegt haben, warten diejenigen, die sie setzten, stark ein jeder für sich, jedoch mit den Händen in den Taschen. Spielen unter den Symbolen ihrer eigenen Geschichte Karten, rauchen amerikanische Zigaretten, sprechen über den Verrat des organisierten Kommunismus, noch nicht fähig, sich selbst zu organisieren.

Mit den Maschinen warten die Arbeiter: Als Teile des Produktionsmechanismus legen sie sich selbst lahm. Den qualitativen Sprung vom Mittel und Objekt der Produktion zum Subjekt derselben nicht vollziehend, reproduzieren sie die Produktionsverhältnisse und deren Stagnation im Streik. Blockieren als kleine Rädchen die Bewegung der großen, bleiben jedoch Rädchen auch während des Eingriffs.

● Die Arbeiter haben die Tore von innen geschlossen, anstatt sie von außen zu öffnen. Sie besetzen das, was ihnen zusteht, anstatt es in Besitz zu nehmen.

Dem Streik in den Fabrikanlagen und de-

ren Besetzung durch die Arbeiter entsprechen der Streik in der Sorbonne und deren Besetzung durch die Studenten. Ihre Abhängigkeit erkennend, sprengen sie die Ketten ihrer Objektrollen, organisieren den Streik in der Universität, funktionieren die systemimmanente Produktionspause um in produktive Tätigkeit gegen das System. Die im Bewußtsein vorgeschrittenste Schicht versucht, die anderen Schichten der Klasse der Abhängigen zu erreichen, die Zusammenarbeit aller voranzutreiben mit dem Ziel der Neuorganisation der Gesellschaft:

„Niemand haben die Handarbeiter und Kopiarbeiter (travailleurs manuels et intellectuels) sich derart gut verstanden, daß der Kampf gegen das bürgerliche System nur gemeinsam geführt werden kann... Die Kämpfenden, die Aktionskomitees wollen einen einheitlichen politischen Kampf in einer wirklich revolutionären Bewegung“ (aus einem Flugblatt des Comité d'initiative et de Coordination).

Zentrum der Koordination, der Öffentlichkeitsarbeit und der theoretischen Diskussion über die Möglichkeiten zu handeln ist die Sorbonne, gleichzeitig Treffpunkt der revolutionären Arbeiter, Schüler und Studenten.

Das eigentliche Zentrum des Widerstandes scheint das okkupierte Ex-Théâtre de France, das Odéon, zu sein, einst Inbegriff des bürgerlichen Kulturverständnisses. „Odéon est ouvert“ — das Spruchband an der Vorderfront dokumentiert den Eingriff der bisher Ausgeschlossenen in der bürgerlichen Kulturbetrieb: Die Renommierstube der Privilegierten wird zum Forum der Diskussion über Strategie und Taktik, die Promenade der Etablierten zu einem Lager der „neuen Französischen Revolution“ (LIFE).

Doch finden die theoretischen Diskussionen über die Revolution noch keine Bestätigung in der Praxis: Aktionen werden immer noch als Gegenmaßnahmen gegen staatliche Gewalt verstanden; Spontaneität mündet noch nicht im revolutionären Akt. Es scheint, als könnten die Studenten als

mögliche Avantgarde einer möglichen Revolution ihre Funktion, die Organisation der Massen durchzuführen und diese zum Handeln anzuleiten, noch nicht übernehmen.

Eine mögliche revolutionäre Organisation der Studenten kann noch nicht die der Arbeiter sein, solange sie weder ein Produkt der Massen noch eine Frucht ihrer Aktionen ist. Der objektiven revolutionären Lage durch den Massenstreik entspricht noch nicht die Reife des Klassenbewußtseins.

So will die Aufklärungsarbeit der Studenten den Lohnabhängigen begreiflich machen, daß ihr Kampf nicht durch Eingehen auf Reformversprechen verzögert werden darf, sondern sich gegen das kapitalistische System richten muß. In Basis- und Projektgruppen, die sich in Stadtbezirken, Betrieben und Schulen konstituieren, werden gemeinsam die bestehenden Verhältnisse analysiert, mögliche Organisations- und Verwaltungsmodelle diskutiert, welche die Transformation der bestehenden Gesellschaft in eine sozialistische ermöglichen und verwirklichen können.

Der Zeitpunkt, an dem der Kampf der Arbeiter und Studenten um größere Anteile am gesellschaftlichen Gesamtprodukt umschlägt in die Revolution, in die Besitznahme der Produktionsstätten, in die Bestimmung der Produktion und Verwendung der Güter durch die Produzenten, scheint noch nicht gegeben.

### Corps Marchia zur Uni-Ordnung

BOCHUM. (BSZ) — Der Vorstand der Studentenschaft hatte bereits vor einigen Wochen in einer ausführlichen Stellungnahme den Entwurf des Rektors für eine Universitätsordnung abgelehnt. Etwa gleichzeitig veröffentlichte auch das Corps Marchia ein Votum gegen die Uni-Ordnung.

In der Begründung wird unter anderem festgestellt, daß es sich bei der Universitätsordnung um die „Umschreibung eines Disziplinarrechts handelt, das eine einseitige Bindung des Studenten an eine Institution begründet“.

Heftige Kritik wird daran geübt, daß praktisch nur die studentischen Mitglieder der Universität den geplanten Sonderregelungen unterworfen sind.

In den Generalklauseln der Ordnung erblickt das Corps Marchia „ein Stück des alten Polizeistaates“. Rechtssicherheit sei nicht gewährleistet. Die vorgesehenen Straßmaßnahmen stünden darüber hinaus in keinem Verhältnis zu dem von der Universitätsordnung angestrebten Zweck.



# Offener Brief an den Rektor

Ew. Magnifizenz!

In seinem am 30. 5. 1968 veröffentlichten Brief vom 20. Mai d. J. an den Parlamentssprecher mit einer entsprechenden Pressemitteilung begründet der Rektor seine Ablehnung, in einem öffentlichen Hearing über sein Verhalten im Zusammenhang mit dem Bericht der Landesrektorenkonferenz zur Hochschulreform Stellung zu nehmen, was vom SP gefordert wurde. Er ist lediglich bereit, dem Informationsbedürfnis des SP über die Unterrichtung durch die studentischen Senatsmitglieder hinaus „im Rahmen einer Aussprache über den Inhalt des Berichts Rechnung zu tragen“.

Zur Rechenschaft sei er nicht dem SP, sondern dem Senat verpflichtet. Diesem habe er die Gründe für sein Verhalten erläutert. Der Rektor wirft den Senatsmitgliedern der Studentenschaft vor, daß sie während der Sitzung keine eigene Stellungnahme abgegeben noch sich die Bedenken anderer Senatoren zu eigen gemacht hätten, die tatsächlich nur teilweise den Bedenken der Studentenvertreter entsprechen, obwohl die Übergabe des Berichts an den Kultusminister mehrere Tage zuvor erfolgt wäre.

Der Rektor verschweigt, daß der vollständige Bericht der LRK erst am 6. 5. 1968, dem Tag der entsprechenden Senatsitzung,

der Öffentlichkeit und damit dem Vorstand der Studentenschaft zugänglich gemacht wurde und daß der Vorstand folglich während der Sitzung auf die mangelhafte Berichterstattung durch die Presse vom vorausgegangenen Wochenende angewiesen war. Daß dem Vorstand der Studentenschaft durch „frühere Berichte des Rektors im Senat und auf anderem Wege“ die Vorbereitungen der LRK zu eigenen Vorstellungen zur Hochschulreform bekannt war, ändert nichts an der Tatsache, daß er weder von der Form noch dem Inhalt der Vorschläge unterrichtet wurde.

Nicht nur der Vorstand der Studentenschaft, alle Universitätsmitglieder — einschließlich der Senatoren — waren in ihrer Informationsmöglichkeit auf „die anderen Wege“, auf die der Rektor sie anscheinend statt ordentlicher Unterrichtung abdrängen will, angewiesen. Auf dieser Ebene werden sachliche Auseinandersetzungen unmöglich gemacht.

Trotz der Bedeutung, die den Vorstellungen der LRK zukommt, wurde der Bericht vor einer Aussprache im Senat oder in der Öffentlichkeit an den Kultusminister überwiesen. Der „Eindruck der Geheimhaltung“ ist also nicht fälschlich entstanden. Der LRK-Bericht wurde bewußt vom Rektor bis zu einem Zeitpunkt geheimgehalten, an

dem Einwirken der Universitätsmitglieder auf den Vorschlag nicht mehr möglich war. Der Vorstand der Studentenschaft hat daraufhin am 14. Mai d. J. im SP einen Beschluß herbeigeführt, durch den der Rektor aufgefordert wurde, öffentlich zu seinem Verhalten Stellung zu nehmen. Neben der oben angeführten Begründung für die Ablehnung erklärt der Rektor in seinem Brief, daß er am 15. Mai d. J., am Hochschultag, während einer Podiumsdiskussion die Universitätsöffentlichkeit über die Gründe für den Bericht informiert habe. Jeder habe Gelegenheit gehabt, die Gründe dort zu erfahren.

Da die Podiumsdiskussion unter dem anderen Thema „Gesellschaft — Wirtschaft — Universität“ stand und in der Diskussion der LRK-Bericht nur zufällig zur Sprache kam, kann von einer echten Informierung der Öffentlichkeit keine Rede sein. Erst eine unter diesem Thema angekündigte Veranstaltung gewährleistet die Unterrichtung aller Interessierten. Dementsprechend hat der Rektor selbst während des Hochschultags ausdrücklich darauf hingewiesen, daß er auf einer Sonderveranstaltung zu dem LRK-Bericht Stellung nehmen werde. Das Verhalten des Rektors erweckt den Eindruck, daß er keine allgemeine Diskussion wünscht. Es steht in krasserem Widerspruch zu dem von ihm häufig geäußerten Anspruch, der demokratischen Willensbildung in der Universität nach seinen Möglichkeiten gerecht zu werden. Dieser Widerspruch findet seinen Niederschlag in dem formalen Bekenntnis der LRK zur demokratischen Willensbildung und der praktischen Ausschaltung aller Nichtabteilerten vom Entscheidungsprozeß innerhalb der Universität.

Vorstand der Studentenschaft  
an der Ruhr-Universität Bochum

### Informationen für Studenten

BOHN. (dpa) — Der Verband Deutscher Studentenschaften hat die erste Ausgabe eines zentralen Informationsorgans herausgegeben, das alle Studierenden, Professoren und Interessierten in den deutschen Hochschulstädten erreichen soll. In Zusammenarbeit mit dem Bundesforschungsministerium und unter Verwendung von Informationsmaterial der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung wurde dieses Organ unter dem Titel „Input — Informationen für Studenten“ ins Leben gerufen. Die Zeitschrift soll in einer Auflage von zunächst 50 000 Exemplaren im Verlag für wissenschaftliche Literatur GmbH in Frankfurt (Main) erscheinen. Der VDS verfolgt damit zwei Ziele: Er will über den gesamten Hochschulbereich informieren, vor allem aber über die Studiensituation in einzelnen Fachgebieten und Förderungsmöglichkeiten und Berufsaussichten für die Absolventen der jeweiligen Fächer. Die Zeitschrift will ferner ein zentraler Stellenmarkt für Studierende der Abschlußsemester sein. Sie erscheint in der ersten Zeit nur alle zwei Monate. Der VDS bat bei der Veröffentlichung der ersten Ausgabe um Unterstützung aus dem Kreis der Leser, um Gesicht und Inhalt des Magazins endgültig festlegen zu können.

BOCHUM. (BSZ) — Während in der Abteilung für Geschichtswissenschaft die Zwischenprüfung demnächst wahrscheinlich endgültig abgeschafft wird, gibt sie in anderen Abteilungen (vor allem: Philologie, Wirtschaftswissenschaften, Sozialwissenschaften) noch immer besonderen Anlaß zu heftiger Kritik.

Die Zwischenprüfung geht nicht zuletzt auf einen Vorschlag des Verbandes Deutscher Studentenschaften aus dem Jahre 1962 zurück. Der VDS wollte die Zwischenprüfung in eine allgemeine Hochschulreform eingebettet sehen. Statt dessen hat man aus dem VDS-Reformkatalog nur einzelne Vorschläge verwirklicht, die, so isoliert, ganz andere, entgegengesetzte Funktionen gewannen.

Wir veröffentlichen heute die Kritik an der Zwischenprüfung von einem Betroffenen. Horst von den Steinen, stud. phil., ehemalige Matrikelnummer 10 622, schrieb den folgenden Brief an den Anglisten Prof. Dr. Ulrich Suerbaum:

„Sehr geehrter Herr Professor!  
In der vergangenen Woche wurde mir mein Zwischenprüfungsergebnis im Fach Englisch mitgeteilt: mangelhaft. Da ich jetzt in Köln studiere, schreibe ich Ihnen.

Ich protestiere auf das Entschiedenste gegen die bei der Zwischenprüfung angelegten Maßstäbe. Bei einer Wochenzahl von 25—30 Arbeitsstunden (= Veranstaltungen in der Uni + Arbeit zu Hause) können Sie nach vier Semestern unmöglich eine perfekte Erfüllung der gestellten Anforderungen erwarten. Wie aber können Sie verlangen, daß ein Student mehr als 25—30 Stunden pro Woche für das Studium seiner Fächer verwendet?

Die Kehrseite der Einseitigkeit ist Inhumanität. Wir müssen uns auf vielen Gebieten orientieren, wenn wir nicht verantwortungslos leben wollen. Die Probleme der Gegenwart müssen uns auf den Nägeln brennen, wenn unser Leben einen Sinn haben soll. Ferner benötigen wir Zeit, unsere eigene Persönlichkeit zu entwickeln; wir müssen unseren Interessen und Neigungen nachgehen können.

All das sind Selbstverständlichkeiten. Was wiegt dagegen die allein den Philologen befriedigende vollendete Beherrschung der Sprache, seine literarische Gelehrsamkeit? Beides ist sinnlos im Anspruch, da bedeutungslos, zumindest in der bisher geübten, vergangenheitsbetonten Weise, für die Bewältigung der Realität — ein Spiel, das interessiert oder langweilt

(bei der Geisteshaltung unserer Professoren meistens langweilt). Deshalb kann beides für einen Beruf nur bedingt verbindlich sein. Die Praxis des Realschullehrers sieht jedenfalls anders aus, als Ihre Zwischenprüfung, abgesehen vielleicht vom grammatischen Teil, vermuten läßt (ich bin selbst Realschüler gewesen). Die Englischnote auf meinem Reifezeugnis war „sehr gut“. Ich meine, verzeihen Sie meine Überspanntheit, bereits meine damaligen Kenntnisse und Fertigkeiten wären für den Eintritt in den Vorbereitungsdiens ausreichend gewesen.

Bitte verlassen Sie endlich Ihr professorales Wolkenkuckucksheim, und sehen Sie die Realität! Es ist Zeit!  
Ihr Horst von den Steinen.“

### Erwachsenenbildung

STUTT GART (dpa) — Als erstes Land in der Bundesrepublik hat Baden-Württemberg nach längeren Vorarbeiten des Arbeitskreises „Erwachsenenbildung“ unter Vorsitz des Heidelberger Professors Dr. Georg Picht einen Gesamtplan für ein kooperatives System der Erwachsenenbildung vorgelegt. Kultusminister Professor Dr. Wilhelm Hahn erklärte, nach einer sachlich fundierten Diskussion solle der Gesamtplan des Arbeitskreises von Sachverständigen Grundlage für die Entwicklung einer Konzeption der Landesregierung sein. Die Regierung werde diese Konzeption dem Parlament zur Entscheidung vorlegen.

Der Gesamtplan geht davon aus, daß Schul-, Hochschul- und Erwachsenenbildung als Einheit gesehen werden müssen, weil der Berufstätige heute durchschnittlich alle zwölf Jahre in einen neuen Beruf überwechselt. Die Vorschläge versuchen, die Trennung von berufsspezifischer und allgemeiner Bildung zu überwinden und daraus die organisatorischen Konsequenzen zu ziehen.

### Fristlos entlassen

FRANKFURT. Nach einer Meldung des SPIEGEL legte der Versandpacker der Schleifmaschinenfabrik Naxos-Union, Reiner Altmann (22), einer Kiste, die er an die Frankfurter Filiale des US-Konzerns Dow Chemical schicken sollte, einen Zettel bei. Er beschuldigte auf ihm den Konzern, am „schmutzigen Krieg“ in Vietnam mit Napalm zu verdienen.



... auch Sie könnten mal krank werden

Da es keine Garantie für immerwährende Gesundheit gibt, hat der „Olivier“ sogar recht. Jeden Menschen kann es erwischen. Eine Krankheit kann das ganze Geld verschlingen. Wie beruhigend, wenn die DKV die hohen Kosten übernimmt.  
Und außerdem noch ein Krankenhaus-Tagegeld zahlt!  
Kranksein ist teuer — wir helfen!  
DEUTSCHE KRANKEN-VERSICHERUNGS-A.-G.  
Hauptverwaltung Köln, 5000 Köln, Höhenstaufenring 62, Telefon 2 04 01  
Beratung: Deutsche Kranken-Versicherungs-A.-G. Filialdirektion Bochum, 4630 Bochum, Kortumstr. 66, Telefon 6 05 46—48

Mit dieser attraktiven Reiseschreibmaschine werden Sie überall bewundert.



ADLER tippa S



ADOLF LOEWE

BOCHUM

Kortumstraße 95 - Ruf 62341

# Die einsamsten Plätze des Reviers — Spaziergang durch die Bochumer Galerien —

## I. Die Galerie Falazik

Seit über zehn Jahren sitzt Wilm Falazik nun in seiner Galerie am Nordring und stellt, neben hervorragenden Bildern, damit ein großes Maß an Eigensinn und Durchsetzungsvermögen zur Schau. Denn beides ist Voraussetzung, um in einer Stadt wie Bochum eine Privatgalerie am Leben zu erhalten (die zudem bis vor einem Jahr die einzige in dieser Stadt war); im Ruhrgebiet, wo selbst Bergwerksdirektoren mit Villen und Swimmingpools sich gerade noch zu einigen miesen Botticelli-Drucken für ihre Wände auftraffen können, obwohl für beinahe den gleichen Preis schon bestechend aufregende Graphik-Blätter zeitgenössischer Künstler zu bekommen sind; in einer Stadt, wo ein Fußballspiel selbst politisch brennende Ereignisse vergessen läßt, während eine lange vorbereitete und plakatierte Führung durch eine „Jahrhundert“-Ausstellung selbst unter RU-Studenten nicht mehr als eine Handvoll auf die Beine bringt.

Zehn Jahre lang war das „image“ der Galerie Falazik geprägt von einer Affinität zu Künstlern, deren Arbeiten zu einem Großteil mit der Bezeichnung „abstrakter Expressionismus“ etikettierbar sind. Besonders zu nennen sind in diesem Zusammenhang der Berliner Akademieprofessor und Maler Fred Thieler, in dessen Arbeiten das vom Blauen Reiter ererbte romantische Ausdrucksgefüge durch dynamische und psychomotorische Formen aufgebrochen wird, und der Westfale Emil Schumacher, welcher, aus dem Kreis um Goetz und Schultze kommend, Mit-Repäsentant dessen ist, was als deutsche Spielart der internationalen „art informel“ gesehen werden muß.

Aber Falaziks Sensus für aktuelle Tendenzen in der Gegenwarts-Malerei muß noch viel weiter gesehen werden: Schon 1964, als „Kinetik“ noch keine Selbstverständlichkeit war, stellte bei ihm der Kinetiker Siegfried Albrecht seine inzwischen vielbeachteten „Skiachromatischen Kompositionen“ aus, und der Ungar Wojciech Fangor, am Kölner „Kunstmarkt“ 1967 mit einer der Stars, war schon Jahre vorher den Besuchern der Galerie Falazik ein Begriff.

Eröffnet wurden Falaziks Ausstellungen, die außerhalb des Ruhrgebiets in ungleich höherem Maße Resonanz fanden, durch erstklassige Kunst-Kritiker und -Kenner wie

den Wiener Professor Lampe und den Engländer John Anthony Thwaites.

Seit einem knappen Jahr etwa hat die Galerie Falazik ihr Gesicht verändert, ohne dadurch an Profil zu verlieren. Sicher nicht zuletzt bedingt durch die Tatsache, daß Falazik den Maler und Ex-Ausstattungsleiter der Bühne von Oberhausen, Herrn Firmans, als Teilhaber in seine Galerie genommen hat, sind es jetzt vor allem jüngere, noch nicht als „Klassiker der Gegenwart“ auch schon in die Kunst-Literatur eingegangene Maler, die bei Falazik ausstellen.

Wer in den letzten Monaten am Nordring vorbeikam, der konnte z. B. sehen: den, Alan Davie sehr nahestehenden, Karlsruher Maler Clapeko (Jahrgang 40), die höchst eigenwilligen „Landschaften“ des 1938 geborenen Berliner Malers Bernd Koberling, die „variablen Chromobjekte“ und „objekttransplantationen“ des 32jährigen Kölner Bildhauers Joachim Bandau und die, Umwelt multiplizierenden und verzerrenden, Spiegel Victor Bonatos.

Im Augenblick ist (bis zum Ende dieses Monats) mit dem Maler Ho-Kan ein Künstler zu Gast, der beispielhaft steht für die Entwicklung der abstrakten Malerei im asiatischen Raum. Der im Augenblick in Malland lebende Künstler schafft, einerseits unter dem Einfluß europäischer Ten-

denzen stehend, andererseits aber auch die Tradition seiner chinesischen Heimat mit einbringend, großflächige Farbkompositionen, die primär eine Harmonie von statischer Farbe in der Fläche konstituieren, welche plötzlich aber im Auge des Betrachters umschlagen kann zu tiefer Perspektive und Räumlichkeit. Peter Kress (In der nächsten BSZ: II. Die städtische Kunsthalle)

## Bauhaus-Ausstellung

Der Kunstverein Bochum veranstaltet eine Omnibusfahrt zur Bauhaus-Ausstellung am 15./16. Juni 1968. Anmeldungen sind sofort im Sekretariat der Städtischen Kunstgalerie (Tel. 59 22 37) erbeten. Die gesamten Kosten der Fahrt betragen 60 DM.

## Unverstanden

meine Eltern haben immer gesagt  
kümmer dich nicht um Weiber  
Josef  
laß sie links liegen  
im Weib steckt der Teufel  
als  
ich neulich mit einem  
Mann  
ins Haus reinschnittete  
mit dem  
ich zusammenleben wollte  
ein Leben lang  
warfen sie mich raus  
ehrlich gesagt das  
verstehe ich nicht

peter möller

# Die noch nicht ganz etablierten Museen

Mit dem Beginn des Sommer-Semesters trat an der RU erstmals auch für eine breitere Öffentlichkeit eine Institution in Erscheinung, die bislang nur eine Existenz in den Köpfen von Kommissionen gehabt hatte: das musische Zentrum.

Bedauerlicherweise notierten aber die Vorlesungsverzeichnisse diesen Sachverhalt nicht, auch schwing sich die Pressestelle, von ihren Möglichkeiten her prädestiniert, auch Studenten über diese ungemein begrüßenswerte Einrichtung zu informieren, beharrlich aus. Einzig in den, sowieso mit zuviel Plakaten verkleisterten Eingangshallen zu den Universitätsgebäuden verloren sich zwei gelbe Anschläge des musischen Zentrums.

Bei einer so gearteten Situation war es kein Wunder, daß 39 von 40 wahllos herausgegriffenen Studenten der RU keinerlei konkrete Vorstellungen entwickelten, als wir sie daraufhin ansprachen, was sie von einem „musischen Zentrum an der RU“ wüßten.

Dieses Ergebnis erschien uns so erschreckend, daß unser Mitarbeiter Peter Kress den Direktor des musikwissenschaftlichen

Instituts und Vorsitzenden der Senatskommission für das musische Zentrum, Herrn Prof. Dr. H. Becker, aufsuchte und um ein Informationsgespräch bat.

Wir geben hier die wesentlichen Teile dieses Gesprächs in ungekürzter Form wieder:

**BSZ:** Herr Prof. Becker, seit Beginn des Sommer-Semesters ist das musische Zentrum der RU erstmals als Institution in Erscheinung getreten. Es ist jedoch evident, daß die Nachricht davon nicht über kleine Zirkel hinausgedrungen ist. Wie erklären Sie sich diesen Sachverhalt?

**Becker:** Ich würde sagen, es liegt daran, daß dieses Zentrum genau genommen bisher noch nicht existierte. Universitätschor und Orchester, die 1967 gegründet wurden, firmierten bisher als Apendix des musikwissenschaftlichen Instituts. Und erst seit dem vergangenen WS wurde der Titel „musisches Zentrum“ von diesen beiden Arbeitsgruppen übernommen.

**BSZ:** Können Sie uns bitte sagen, wer für den Aufbau und die Konstituierung dieses Zentrums zuständig ist?

**Becker:** Zuständig sind letztlich der Rektor und der Senat der RU. Die sachliche Vorarbeit für deren Entscheidungen leistet eine Senatskommission. Diesem Gremium gehören zur Zeit vier Vertreter der Ordinarien und drei Studentenschaftsvertreter an.

**BZS:** Herr Prof. Becker, versuchen wir hier einen Teil der bisher vernachlässigten Information der studentischen Öffentlichkeit nachzuholen. Würden Sie bitte unseren Lesern einige Worte über die Intentionen, Strukturen und die augenblickliche personelle Besetzung des Zentrums sagen?

**Becker:** Das musische Zentrum soll Veranstaltungen für die Hörer aller Fakultäten durchführen. Es soll den Studenten Gelegenheit zu eigener künstlerischer Arbeit geben, wobei wir an ernsthafte künstlerische Arbeit, keinesfalls an Freizeitgestaltung.

## Kurz notiert

Am 20. Juni (Donnerstag) diskutieren im Hörsaal B II ab 20 Uhr unter der Leitung des Chefredakteurs der RUHR-REFLEXE, Dr. Wolfgang Fritz Haug (Herausgeber der Westberliner neomarxistischen Zeitschrift DAS ARGUMENT), Yaak Karsunke (Chefredakteur der linken Literaturzeitschrift „kürbiskern“ aus München), Prof. Dr. Hermann Lübke (hiesiger Philosoph und Staatssekretär für Hochschulfragen im Kultusministerium NRW), sein Assistent Dr. Jürgen Frese, der Münsteraner Linguist Prof. Peter Hartmann sowie evtl. Dr. Oskar Negt (Frankfurter Politologe) über „Sprache und Herrschaft“. Die jüngsten Aktionen gegen den Springer-Konzern sowie das Zunehmen der politischen Morde geben dem Thema eine brisante Note.

Am Dienstag, dem 18. Juni 1968, zeigt der „Studienkreis Film“ einen Teil der in diesem Jahr bei den Oberhausener Kurzfilmtagen aus Protest zurückgezogenen deutschen Filme (wir berichteten darüber ausführlich in BSZ 22).

In einer zweistündigen Auswahl werden zu den gewohnten Zeiten (17.45 und 20 Uhr) u. a. zu sehen sein: Thomas Strucks „Der warme Punkt“, Werner Nekes' und Dore O's „jüm-jüm“, Rainer Boldts „Die Zeit hat zugebissen“ und Lutz Mommartz' „Selbstschüsse“.

Am Donnerstag, dem 27. Juni 1968, wird dann Hilmar Hoffmann, Leiter der Oberhausener Kurzfilmtage und an der RU bekannt durch seinen Lehrauftrag für Filmwissenschaft, mit den bei den Oberhausener Kurzfilmtagen 1968 preisgekrönten internationalen Beiträgen zu Gast sein (er zeigt u. a. den polnischen Zeichentrickfilm „Hobby“, den amerikanischen Kurzspielfilm „The Bed“ und den tschechischen Dokumentarfilm „Respicie finem“).

Im Anschluß an die Filme findet eine öffentliche Diskussion statt, die vor allem deshalb interessieren wird, da Herr Hoffmann bei dieser Gelegenheit Stellung nimmt zum Problem der zukünftigen Entwicklung und Planung von Oberhausen. (In der nächsten BSZ bringen wir dazu ein Exklusiv-Interview unseres Mitarbeiters Peter Kress mit Herrn Hilmar Hoffmann.)



**FIEGE  
PILS**

**schmeckt-  
auch  
ohne Durst!**

BRAUEREI MORITZ FIEGE BOCHUM



## „Psycho“

Beschränkt man sich nur darauf, eine „Inhaltsangabe“ von „Psycho“ zu geben, könnte man es keinem Menschen begrifflich machen, warum dieser 1960 von Amerika Gruselfilm-Spezialisten Nr. 1, Alfred Hitchcock, gedrehte Streifen das Makaberste und Enervierendste ist, das seit der Erfindung bewegter Bilder über die Leinwand gelaufen ist.

Es beginnt damit, daß die junge hübsche Sekretärin Marion Crane (Janet Leigh) heiraten will. Eigentlich ist die Eheschließung für sie und ihren Bräutigam (Anthony Perkins) nur noch eine Geldfrage. In einer Panikstimmung stiehlt Marion eine hohe Geldsumme und flüchtet mit dem Vermögen zu ihrem Verlobten nach Kalifornien. Gegen Abend hält sie mit ihrem Auto an einem einsam gelegenen Motel; dort geht sie, nachdem sie mit dem Besitzer des Motels ein Sandwich gegessen hat, in den Duschaum ihres Zimmers und stirbt unter dem Messer eines Unbekannten einen schrecklichen Tod.

Während andere Filme des crime-Genres sich primär für den kriminellen Fall, dessen Durchführung und seine Aufklärung interessieren, während psychologische und soziologische Motivationen dort in der Regel nur am Rande tangiert werden, liegen bei Hitchcocks Filmen die Akzente völlig anders.

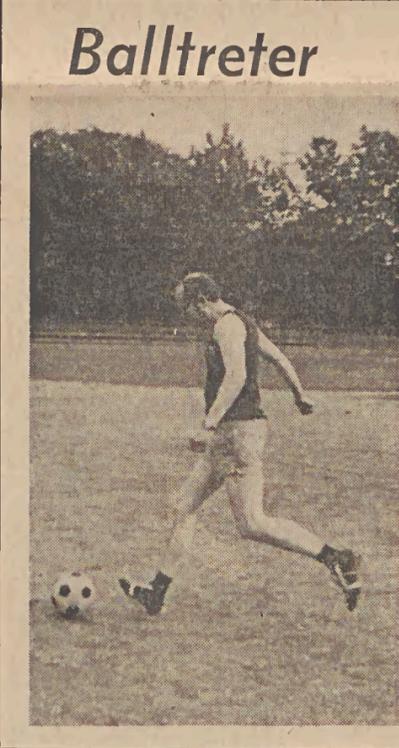
Bei ihm erfahren die Figuren das Unheimliche, das ihnen zustoßt, um so nachdrücklicher, da sie von vornherein nicht, wie die Hauptfiguren anderer Kriminalfilme, sich in sozialen Grenzsituationen befinden, sondern da sie eingebettet sind in eine friedvolle, statische Ordnung.

Entscheidend ist weiterhin, daß Hitchcocks Filme so angelegt sind, daß der Horror nicht von außen objektiv konstatierbar ist, sondern daß er erst in dem Maße existent wird, als er sich im Bewußtsein wiederum der Zuschauer sich einfach identifizieren muß, langsam kristallisiert.

Dieser Horror und dieses Grauen steigt bei Hitchcocks Filmen unmerklich aus der Anschauung des Alltäglichen auf. Vertraute Objekte bekommen in besonderen Situationen eine Funktion als Boten des heraufziehenden Unheils. So wirkt etwa in Psycho die Dusche der Brause, unter die Marion geht, von unten gesehen wie eine Waffe, und der Regen, der die Windschutzscheibe des Autos herabrinnt, wird durch das Licht entgegenkommender Wagen zu einer drohenden Chiffre.

Hitchcocks Schrecken ist das Entsetzen in psychologischen Reizsituationen, erwachsen aus den Erfahrungen des bürgerlichen Alltags. Und gerade das macht seine Filme so aufregend, makaber, enervierend und faszinierend zugleich.

Peter Kress



## Balltreter

Zu einem ersten internen Balltreten traten sich am vergangenen Freitag auf dem noch regennassen Feld des TuS Querenburg die Professoren Lutter, Jaeggi (siehe Bild) und Schnurr.

Der Grund für diese höchst ungewöhnliche Tätigkeit war aber nicht etwa darin zu suchen, daß sich die Herrn üben wollten, wie man kunstvoll mit harten Schienbein-Tritten revoltierende Studenten beschwichtigt, auch wäre die Vermutung irrig, die Professoren fürchteten infolge der politischen Ereignisse um ihre Lehrstühle und übten daher heimlich für eine mögliche Existenz als Fußball-Profiis.

Vielmehr wollten sie sich fit machen für das wohl amüsanteste Lokalsport-Ereignis der Saison: das Spiel der Ruhr-Universitäts-Professoren gegen den Rat der Stadt Bochum.

Um hillsbedürftigen Bochumer Kindern die Ferien zu finanzieren, strapazieren (um bei Kreislaufversagen und Atemnot genügend Austauschspieler zu haben) an die dreißig Honoratioren der Stadt und Universität ihre Lungen auf artfremde Weise und stellen ihre sonst nur privatisime gezeigten Körper zur Schau.

Inszeniert von der Vereinigung „Studenten für Europa“ geht dieses ganz sicher auch für Nicht-Fußball-Fans aufregende Spectaculum am Dienstagmittag über den Rasen des Stadions an der Castroper Straße.

Kr.

**Der  
Kritische Blick  
allein genügt  
nicht!**



SIE BRAUCHEN AUCH DEN  
FACHMANN-SIE BRAUCHEN  
**KEIL & KATH**  
TEPPICHE UND GARDINEN  
BOCHUM, BONGARDSTR. 24/28

**Contacta**  
Institut  
Heinen-Brillen - Bochum  
Kortumstraße 45 - I. Etage

**Anpassung unsichtbarer Augengläser**

Müller-Welt kleinst Contact-Linsen  
bewährt und weltbekannt

was herausfällt und vielleicht mehr Studenten als bisher zu uns heranzieht.

**BSZ:** Würden Sie uns bitte, damit sich die potentiellen Interessenten unter unseren Lesern darauf einstellen können, einige Informationen geben, was für das kommende WS geplant ist?

**Becker:** Im WS werden die bisherigen Aktivitäten von Chor und Orchester fortgeführt werden.

Chor und Orchester wollen auch ein gemeinsames öffentliches Konzert im WS anbieten. Herr Schliecker wird sein Programm, das er bisher entwickelte, ebenfalls im WS fortsetzen. Ferner werden wir in Zusammenarbeit mit dem „Studienkreis Film“ Veranstaltungen durchführen.

**BSZ:** Herr Professor, glauben Sie persönlich, daß das musische Zentrum einen Beitrag leisten könnte, großen Teilen der Ruhr-Studentenschaft, die Kunstfragen meist indifferent gegenüberstehen, Zugang zu künstlerischen Bereichen zu verschaffen?

**Becker:** Hier kann ich nur sagen: wir haben alle die beste Hoffnung. Letztlich wird es aber doch vom Zulauf und Interesse jedes einzelnen Studenten abhängen, wie sich das musische Zentrum als Institution der Universität entwickeln kann.

**BSZ:** Herr Professor Becker, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



# BSZ-Leser antworten

### Betr.: Nazi raus (BSZ 24)

„Einen schönen Demokratiebegriff“ haben vor allem Sie an den Tag gelegt. Wollen Sie erst eine Vorauswahl für die in Ihrer „Demokratie“ zugelassenen Parteien treffen? Seien Sie vorsichtig, sonst könnte diese Methode Ihnen selbst noch einmal zum Verhängnis werden.

Wenn Sie an die Demokratie glauben, dann dürfen Sie nicht in Ihr Spiel eingreifen, sondern müssen es ihr überlassen, welches parteiiliche Aussehen und welche Gewichtsverteilung sie sich auch immer gibt. Es kann Ihnen keiner das Recht nehmen, nach genügend unerfreulichen Erfahrungen die Demokratie als geeignetste Staatsform anzuzweifeln. Sicher aber ist es unzulässig, im Namen der Demokratie für undemokratische Prinzipien zu werben.

Marie-Charlotte Gaede  
Bochum

### Betr.: Notstand

Ich protestiere gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetze und behaupte, daß wir keine Vorsorgegesetze für den Ernstfall brauchen. Diese Gesetze geben der Regierung die Möglichkeit, gegen ungewohnte Oppositionen vorzugehen. Die reaktionären Kräfte von rechts wollen den autoritären Staat, wo dem Bürger auferlegt wird, was ihm guttut. Hierzu reicht die SPD der konservativen CDU die Hand und verrät somit die Arbeiterklasse.

Sie wird diesen Verrat mit ihrem Niedergang bezahlen.

Der DGB, die letzte Hoffnung der Arbeitnehmerschaft, verhält sich teils negativ, teils positiv.

Der DGB-Bundesvorstand hat sich bereits gegen Streiks ausgesprochen.

Seit 1946 im DGB organisiert, erwarte ich von den Mitgliedern des Bundestages, welche im DGB organisiert sind, daß sie sich gegen die Annahme der Notstandsgesetze wenden.

Ich erkläre mich auch solidarisch mit den Studenten, die bisher als einzige den Mut haben, für ihre Forderungen zu demonstrieren und sich gegen die Notstandsgesetze zur Wehr zu setzen.

Hermann Schröder  
Vellmar

### Betr.: Ernstfall

Als ich heute in Gelsenkirchen war, sah ich auf dem Preuteplatz eine kleine Anzahl Schüler, die gegen die Notstandsgesetze demonstrierten. Die 15jährigen, die darunter waren, laufen doch nur mit und wissen gar nicht, was Notstand überhaupt heißt.

Wir wollen alle keinen Notstand. Aber im Ernstfall müssen wir geschützt werden. Wer wehrlos ist, ist auch ehrlos. Der Russe ist dicht bei uns. Wir sind mittendrin im Hexenkessel.

Was passiert, wenn wir überrollt werden? Darüber macht sich die Jugend überhaupt keine Gedanken. Die haben die Zeiten wirklicher Not nicht kennengelernt. Also können die sich auch keine Gedanken machen. Die laufen nur mit, weil es im Moment Mode ist, auf die Straße zu gehen. Was will die Jugend? Jeder 5. hat hier ein Auto. Fast jeder Fernseher, Kühlschrank, Waschmaschine.

Gehen Sie mal in die DDR. Das sind alles Träume für Sie. Streiken, demonstrieren auch nicht. Wählen dürfen sie dort auch nicht frei. Da ist im voraus schon die Wahl zu 99% gewonnen.

Die Leute sind hier gut angezogen. Mit Ausnahme von den Gammlern, die waschen sich noch nicht mal. Das ist ein Problem für sich.

Denken Sie mal über alles ernsthaft nach.

Gertrud Hängerow  
Gelsenkirchen-Rothausen

### Betr.: Versager

Den verwerflichen Anschlag auf Rudi Dutschke möchte ich zum Anlaß nehmen, den Studenten etwas ins Stammbuch zu schreiben!...

Sie alle dürfen sich dafür bei der CDU/CSU bedanken, daß die Reformen bis heute verschleppt und verhindert wurden, weil man sich getreu an Konrad Adenauers Leitspruch hielt: Nur keine Experimente!...

In NRW hat die CDU mit Ausnahme von zwei Jahre das Zepher geschwungen. Auch dafür muß die SPD heute als Prügelnabe herhalten; die CDU darf sich hingegen alles ungestraft erlauben und wird auch noch gelobt für ihre Versagerpolitik!

Auch Sie, meine verehrten Herren Studenten, beteiligen sich kräftig mit an diesem unwürdigen Spiel. Von Ihnen ist ja auch nichts anderes zu erwarten, Sie sind ja noch lernende Theoretiker, die die Praxis erst noch erlernen müssen!...

Mit der SPD wäre auch die Hochschulreform gekommen, ohne daß Sie auf die Straße gegangen wären. Aber so viel Intelligenz kann man Ihnen wohl nicht zutrauen, ohne Sie zu überfordern...

Die katholische Kirche und die CDU legen sich noch heute quer. Zwangsläufig ergeben sich dadurch immer neue und unerwünschte Verzögerungen, was Heißsporne und Wirrköpfe unter den radikalen Studentengruppen noch immer nicht kapieren können!

Vermutlich ist das alles ungeheuer schwer zu begreifen! Hätte die CDU noch allein die Regierungsverantwortung, könnten Sie

### Elektr. Schreibmaschinen

gebraucht, Neuwert DM 1500,-  
ab DM 195,-

### 75 Rechenmaschinen

gebr., mit u. ohne Kontrollstreifen.  
Reparaturen schnell und preiswert.

### Günther Lilie — Bochum

Südring 35 - Telefon 6 77 27

noch lange auf die Realisierung Ihrer Hochschulreform warten! Jetzt aber sollen sich alle überschlagen, nur der lieben Studenten wegen. Ein Reformwerk, zu dem 1-2 Jahre Arbeitszeit erforderlich sind, wenn es kein Torso werden soll, verlangen Sie in wenigen Wochen, noch dazu in einer Perfektion, die in dieser Frist einfach unmöglich ist...

Erich Weiss  
Bochum

### Betr.: Notstand

Habe den Herren Studenten einen Vorschlag zu machen: Statt auf die Straße zu gehen, sollten Listen ausgelegt werden, um Eintragungen für einen Volksentscheid zu sammeln. Das Grundgesetz sieht dies vor. Das ist wahre Demokratie. Jeder Staatsbürger hat dann das Recht, an der Regierung mitzuwirken, ohne bei den Parteien bitte, bitte machen zu müssen: Wir sind doch ihre Arbeitgeber! Der Staatsbürger. Sie leben doch von unseren Steuergeldern. Wenn der DGB und die Gewerkschaften mitziehen, ist der Sieg sicher. Das gleiche gilt für die Aufhebung der Freien Marktwirtschaft im Wohnungsbau. 1,8 Millionen Mieter wurden freiwild. Von 60 Millionen Einwohnern 3% = 1,8 Millionen... Wo bleibt da das Grundgesetz? Was würde die Regierung sagen, wenn die Söhne der Mieter den Wehrdienst verweigerten?

Paul Zorten  
Bochum-Gerthe

## Ruhr-Uni dokumentiert

BOCHUM. (BSZ) — Das Internationale Institut für Sozialgeschichte (IISG) in Amsterdam versucht im Rahmen einer internationalen Dokumentation, auch die „studentische Oppositionsbewegung in Deutschland exemplarisch zu dokumentieren“.

Während bisher nur ausreichendes Material der Berliner Hochschulen „einerseits als Modell-, andererseits aber auch als Extremfall“ beschafft werden konnte, will das Institut jetzt eine Sammlung über die Entwicklung der hochschul- und gesellschaftspolitischen Protestbewegung an der Ruhr-Universität vervollständigen. „Gleichsam als Korrektiv“ zu Berlin, insofern zeitlich das Übergreifen der antiautoritären Bewegung auf die Hochschulen des Bundesgebietes mit der Eröffnungsphase der RUB zusammenfiel.

Dies erfuhr die BSZ aus einem Schreiben des IISG an einen Bochumer Kommilitonen, der dem Institut eine nahezu vollständige Sammlung überlassen hat, darunter alle Ausgaben der BSZ und der Ruhr-Reflexe seit ihrem Erscheinen, Flugblätter, Plakate und Dokumentationen der Fachschaften, Hochschulgruppen und Studentengemeinden, Publikationen aus ASTA, FVV, SP und Studentenwerk einschließlich der „Wahlkampfplakate“ des SS 1967. (—khv—)

Ann. der Redaktion: Wir bitten alle, die solche Materialien seit dem WS 65/66 ohne besonderen Zweck aufbewahrt haben, im Sekretariat des ASTA vorzusprechen! Motto: Das Bochumer Modell gehört der Geschichte an!

## Ausländeranteil rückläufig

BONN. (ew) — Die Zulassungszahlen für ausländische Studenten zum Studium der Medizin und Zahnmedizin haben sich 1966 und 1966/67 rückläufig entwickelt.

Im Wintersemester 1966/67 waren nur noch 7,6% der Zugelassenen im Fach Medizin und 6,3% im Fach Zahnmedizin Ausländer. Damit sind die geforderten zehn Prozent ausländischer Studenten in solchen Fächern, die einem numerus clausus unterlie-

## ASTA zurückgetreten

HEIDELBERG. (dpa) — Der Allgemeine Studentenausschuß der Universität Heidelberg, der sich trotz der von Rektor Prof. Dr. Margot Becke verfügten Suspendierung nicht als abgesetzt betrachtet hatte, ist zurückgetreten. Die Suspendierung des Heidelberger ASTA war von der Rektorin nach § 48 des neuen baden-württembergischen Landeshochschulgesetzes wegen fortgesetzten Amtsmißbrauchs ausgesprochen worden.

Ein Antrag des ASTA, diese Suspendierung durch einstweilige Verfügung rückgängig zu machen, ist vom Verwaltungsgericht Karlsruhe abgelehnt worden. Das Landgericht Heidelberg hatte auch die Sperrung der Bankkonten des ASTA durch die Rektorin als Rechtens bezeichnet und einen Antrag auf Aufhebung dieser Maßnahme abgelehnt.

In seiner Rücktrittserklärung bezeichnete der ASTA das Vorgehen der Rektorin noch einmal als schweren Eingriff der Universitätsbürokratie in die studentische Selbstverwaltung.

Die Rektorin hat inzwischen auf Empfehlung des Kultusministeriums Regierungsrat Martin vom Rektorat mit der kommissarischen Leitung der ASTA-Amtsgeschäfte beauftragt.

Zuvor hatte sie die kommissarische Leitung dem Präsidenten des Studentenparlaments und dann dem Ältestenrat des Parlaments angetragen, war aber auf Ablehnung gestoßen, weil sich die Studenten nicht in einen Gegensatz zu den Kommilitonen im ASTA bringen lassen wollten.

gen, sowohl in der Medizin wie in der Zahnmedizin nicht erreicht.

Die Problematik dieser Zulassungspolitik für ausländische Studenten wird dadurch verschärft, daß die Entscheidung über die Zulassung häufig erst dann gefällt wird, wenn die Ausländer sich bereits in der Bundesrepublik aufhalten und teilweise auch schon das Studienkolleg absolviert haben.



## Neue rote Ruhr-Reflexe

BOCHUM. (BSZ) — Das ewig am Existenzminimum dahinkrankelnde „Forumsblatt der linken Ruhr-Intelligenz“ hat sich gemauert zu einem höchst aggressiven und informativen Journal.

Eierköpfig (wie es in einem neuen Buch über die APO genannt wurde) ist es zwar immer noch — sie soll es bleiben —, aber ihr Eierkopf hat Kanten bekommen.

Diesmal im Programm und durchweg studierendenswert: Notstand, Bankrott des Parlamentarismus, Faschistoider Antifaschismus, Thesen zur Mitbestimmung, Bochumer Dramaturgie (Untertitel: Heinrich Pacht über Hans Schalla her), Zur Kunstsoziologie Lucien Goldmanns, Lyrik, Kleines Lexikon für BILD-Leser, Buchbesprechungen.

## WOHIN IM URLAUB

**Rumänien**  
St. George/Donaudelta  
2 Wochen  
**429,- DM**

## FERIEN MIT PFIFF

Cap d'Ail	ab DM	<b>456,-</b>
Juan les Pins	ab DM	<b>583,-</b>
Cesenatico	ab DM	<b>433,-</b>
Catania (Sizilien)	ab DM	<b>560,-</b>

Fordern sie das „Kursbuch für schmale Brieftaschen“ oder unser großes Reiseprogramm an.

## Auslandsstelle

DES DEUTSCHEN BUNDESSTUDENTENRINGES G. M. B. H.

**53 Bonn, Dietkirchenstraße 30**

Beratung und Buchung bei:  
Studenten-Reisedienst beim  
Studentenwerk Bochum e. V., 463 Bochum,  
Lennershofstraße 66, Baracke 8  
(neben der Mensa), Telefon 51 14 57

## Aufgeschnappt

Prof. Dilcher während der Podiumsdiskussion „Stellung der Jurisprudenz in der Gesellschaft“ anlässlich des Hochschultages: „Die Jurisprudenz ist eine administrative Hilfswissenschaft.“ — „Die Stunde des Juristen schlägt im Falle des Notstandes.“

**Moby**

Führerscheinfrei  
Kein Schalten  
Kettenantrieb  
für jede  
Wetterlage

**399,-**  
+Fracht

**Henke**  
BOCHUM, KORTUMSTRASSE 117  
das führende Moped-Haus

...gleich neben der Mensa

## IHRE BUCHHANDLUNG BROCKMEYER

463 BOCHUM-QUERENBURG  
Lennershofstraße 70 - Ruf 51 13 60

### SCHAUSPIELHAUS BOCHUM

Hans Schalla

SCHAUSPIELHAUS	12. 6. (Mi.), 15. 6. (Sa.), 18. 6. (Di.), 21. 6. (Fr.), 27. 6. (Do.), 28. 6. (Fr.), 30. 6. (So.) zum letzten Male
Wallensteins Abfall und Tod	13. 6. (Do.), 16. 6. (So.), 17. 6. (Mo.) 16 und 20 Uhr; zum letzten Male
Viel Lärmen um nichts	14. 6. (Fr.), 20. 6. (Do.), 22. 6. (Sa.), 23. 6. (So.), 16.30 und 20 Uhr, 25. 6. (Di.), 26. 6. (Mi.), 29. 6. (Sa.) zum letzten Male
Elektra (G)	19. 6. (Mi.)
Heimliche Ehe	24. 6. (Mo.), zum letzten Male
KAMMERSPIELE	
Halbe Wahrheiten	12. 6. (Mi.), 15. 6. (Sa.), 19. 6. (Mi.), 27. 6. (Do.), zum letzten Male
Der Architekt und der Kaiser von Assyrien	

SPIELPLAN für die Zeit vom 12. Juni bis 30. Juni 1968  
Änderungen vorbehalten!

Beginn der Veranstaltungen: 20 Uhr, sofern nicht anders angegeben.  
Karten für Studierende 50% ermäßigt. Anrechtscheine auf Eintrittskarten sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).  
(G) = Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

Der Gesamtauflage dieser Ausgabe liegen Prospekte der Firmen „Eka-Werk“ und „Wissenschaftliche Buchgesellschaft“ bei.

## Bochumer Studenten Zeitung

Herausgeber: Vorstand der Studentenschaft an der Ruhr-Universität (Reinhard Zimmermann, Stephan Bock, Carla Bouabouille, Gerhard Huck)  
Auflage: 7000 Exemplare  
Redaktionelle Leitung: Gerhard Huck  
Technische und redaktionelle Beratung: Ulrich Dröge  
Anzeigeneitung: Christine Schlipplack  
Mit Namen gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.  
Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstr. 66 (Ruhr-Universität), Telefon 51 18 55  
Bankverbindung: Westfalenbank AG, Kontonr. 906 859  
Druck und Kllschees: Laupenmühlen & Dierichs, Bochum, Hüttenstraße 3-5, Telefon 3 30 43  
Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum (Studentenwerk Bochum e. V.), 463 Bochum, Lennershofstraße 66. Tel.: 51 14 57.